

## Schulbauprogramm und Rechtsanspruch auf Ganzttag

<i>Organisationseinheit:</i> Schulen und Kitas (50)	<i>Datum</i> 02.04.2024
--	----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>			
Haupt-, Personal- und Finanzausschuss	Vorberatung	11.04.2024	N
Stadtrat	Entscheidung	25.04.2024	Ö

### Beschlussvorschlag

#### Sachverhalt

Die SPD beantragt als Beschluss im Stadtrat:

*"Die Stadtverwaltung soll einen Maßnahmenplan erstellen, der die möglichst vollumfängliche Inanspruchnahme der Förderungsmöglichkeiten und die Auswirkungen auf die langfristige Finanzplanung aufzeigt. Zudem soll dargelegt werden, wie der Rechtsanspruch auf Ganzttag in St. Ingbert verwirklicht werden soll. Dabei sind die einzelnen Maßnahmen auf die einzelnen Schulen herunterzubrechen und die Auswirkungen auf die Schulen zu beschreiben."*

Hinsichtlich des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027 wurden durch die Stadt St. Ingbert bereits Maßnahmen eingeleitet, um einen geltenden Rechtsanspruch erfüllen zu können. Dies war für die Stadtverwaltung wichtig, obwohl Bund und Land die 2021 beschlossene Förderung erst nach dreijährigem Abstimmen der Förderrichtlinien in Kraft gesetzt haben.

An folgenden Schulstandorten werden Baumaßnahmen realisiert:

- FGTS-Neubau Albert-Weisgerber-Schule (Spatenstich 11.04.2024)
- FGTS-Neubau Südschule (Spatenstich 09.04.2024)
- Sanierung Ludwigschule (Ablösung Schulstandorte Rischbach- und Wiesentalschule) und Anbau an das bestehende Schulgebäude

Gesamtvolumen der Investitionen: ca. 50.000.000 Euro

Förderanteil des Landes (inkl. Bundesförderung FGTS): ca. 4.000.000 Euro

In der Sitzung wird weiter berichtet.

### Finanzielle Auswirkungen

**Anlage/n**

1	Antrag_HPFA_Schulbauprogramm_SPD_Fraktion
---	---



**SPD St. Ingbert**  
Stadtratsfraktion

SPD Stadtratsfraktion St. Ingbert, Am Markt 12, 66386 St. Ingbert

Mittelstadt St. Ingbert  
Herr Oberbürgermeister  
Prof. Dr. Meyer  
Am Markt 12  
66386 St. Ingbert

Luca Wagner  
Fraktionsgeschäftsführer

E-Mail: luca.wagner3@gmail.com

St. Ingbert, 28.03.2024

---

## **Antrag zur Beratung im HPFA am 11. April und im Stadtrat am 25. April**

### **Schulbauprogramm und Rechtsanspruch auf Ganzttag**

---

Sehr geehrte Herr Prof. Dr. Meyer,

die saarländische Landesregierung hat mit dem Baustein-Programm das größte kommunale Investitionsprogramm für die Infrastruktur der Bildung aufgelegt. Insgesamt werden 232, 85 Millionen Euro in moderne Lern- und Lebensorte für Kinder und Jugendliche investiert. Allein in St. Ingbert stehen 3,95 Millionen Euro zur Verfügung. Für die weiterführenden Schulen erhält der Saarpfalz-Kreis zusätzlich 4,6 Millionen Euro, wovon auch St. Ingbert profitiert.

Guter Unterricht und gutes Lernen können nur stattfinden, wenn die Umgebung dafür ansprechend gestaltet ist. Sie verbessern die Rahmenbedingungen für gute Bildung und sorgen damit für eine Stärkung der Bildungsgerechtigkeit in Deutschland.

Allgemein werden Neubau, Ausbau, Umbau, Sanierung, Modernisierung und die energetische Sanierung von Bildungseinrichtungen gefördert. Dies können beispielsweise die Sanitäranlagen, die Klassenräume oder die Ausstattung von Aufenthalts- und Küchenbereichen sein. Zur Förderungsplanung werden vonseiten des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport Beratungsgespräche durchgeführt.

Das Baustein-Programm hilft den Rechtsanspruch auf Ganzttag zu erfüllen, welcher am 10.09.2021 vom Bund beschlossen wurde. Der Rechtsanspruch für Ganzttag ist ein Meilenstein der Familien- und Bildungspolitik. Er ermöglicht die Vereinbarkeit von

Familie und Beruf, entlastet die Familien, verbessert Bildungschancen und stärkt die soziale Integration.

Dies betrifft auch die Grundschulen ab dem Schuljahr 2026/27. Die Verantwortung liegt hier bei den Kommunen, welche die Schulträger sind. Im Saarland bestehen bereits 22.291 Ganztagsplätze. Dies umfasst 63,8 Prozent der Schüler\*innen. Bis 2029/30 werden voraussichtlich weitere 5.800 Ganztagsplätze benötigt.

Auch in St. Ingbert bedarf es weiterer Ganztagsplätze, insbesondere in den Grundschulen. Dazu braucht es konkrete Planungen vonseiten der Stadt, um das Ziel zu erreichen.

Die SPD beantragt als Beschluss im Stadtrat:

"Die Stadtverwaltung soll einen Maßnahmenplan erstellen, der die möglichst vollumfängliche Inanspruchnahme der Förderungsmöglichkeiten und die Auswirkungen auf die langfristige Finanzplanung aufzeigt. Zudem soll dargelegt werden, wie der Rechtsanspruch auf Ganztage in St. Ingbert verwirklicht werden soll. Dabei sind die einzelnen Maßnahmen auf die einzelnen Schulen herunterzubrechen und die Auswirkungen auf die Schulen zu beschreiben."

Mit freundlichen Grüßen

  
\_\_\_\_\_  
Luca Wagner  
Fraktionsgeschäftsführer